

Die Schulentwicklungsplanung des Bezirksamtes Tempelhof-Schöneberg von Berlin

Unter besonderer Betrachtung der Empfehlungen zur Lindenhof-Grundschule

Liebe Genossinnen und Genossen,

warum solltet Ihr ein ewig langes Papier lesen, in dem eine Abteilung sich für den Erhalt einer Schule in ihrem Abteilungsgebiet einsetzt? Darin kann doch nur Erwartbares stehen.

Aber auch für die nicht unmittelbar am Schicksal einer speziellen Schule Interessierten dürfte es sich lohnen, sich die Zeit für die nächsten Seiten zu nehmen, denn der Schulentwicklungsplanung ist von einem Geist durchzogen, der auch in Euren Wohngebieten wirken wird. Von einem Geist, der sozialdemokratische Auffassungen von Bildungspolitik und sozialer Entwicklung konterkariert.

Wir sind der Überzeugung: Es geht nicht nur darum, sich vor die einzelne Schule zu stellen, sondern gegen den bildungsfeindlichen und sozial destabilisierenden Geist dieser Schulentwicklungsplanung.

Mit solidarischen Grüßen

Anett Baron

Vorsitzende der Abteilung Schöneberg

I. Ausgangslage

Rückläufige Schülerzahlen stellen den Bezirk bei der Schulentwicklungsplanung vor die unangenehme Situation, Schulkapazitäten anzupassen und ggf. auch Schulen schließen zu müssen. Dies ruft nicht nur bei betroffenen Eltern, Schülern und Lehrern Angst und Protest hervor, sondern hat auch weit reichende Folgen für Kieze und Sozialräume. In dieser schwierigen Situation bedarf es sachgerechter, nachhaltiger und kreativer Entscheidungen, die den komplexen Anforderungen des zum Teil sehr heterogenen Bezirks gerecht wird.

Vorausschauende Schulpolitik versus Zahlenspiele

Im achten Jahr seiner Amtszeit ist es Schulstadtrat Hapel (CDU) gelungen, einen „Ersten Zwischenbericht zur Schulentwicklungsplanung“ vorzulegen. Die bereits erfolgten Schulschließungen im Bezirk, etwa die der Steinwald-Grundschule in Marienfelde oder die der Schwielowsee-Schule in Schöneberg, verliefen im Umkehrschluss dann wohl im Wesentlichen planlos.

Das Beispiel Schwielowsee-Schule verdeutlicht aber auch, dass Dieter Hapel zuweilen keinen Plan hat, was er macht, aber immer einen, wie er es macht. Der Ansatz ist einfach: Die schmerzhaften Entscheidungen müssen in ihrer öffentlichen Wirkung anderen, vorzugsweise der SPD, in die Schuhe geschoben werden. Dies gelingt ihm dann am leichtesten, wenn sich die SPD auf Hapels Spielchen einlässt, einen Schulstandort gegen einen benachbarten ausspielen zu wollen. Die SPD darf nicht in diese Falle gehen. Aus diesem Grund ist nun die SPD gefragt, Antworten für diese komplizierte Situation zu entwickeln, die für ganz Tempelhof-Schöneberg tragfähig sind, um auf die Vorschläge des Schulstadtrats sowohl konzeptionell als auch im Einzelfall reagieren zu können.

Auch die Frage, ob die Lindenhof-Grundschule eine Zukunft hat, gehört in diesen Zusammenhang und muss mit Blick auf den Gesamtbezirk beantwortet werden.

Um ein Ergebnis vorwegzunehmen: Die SPD Tempelhof-Schöneberg sollte sich auf die Logik des Zwischenberichts zur Schulentwicklungsplanung nicht einlassen, die auf eine Konzentration der Grundschul-Standorte setzt. Vielmehr sollten wir offensiv

ein dezentrales Grundschulkonzept vertreten, das Schulstandorte bis hinab zur Zweizügigkeit erhält. Dies dient nicht nur der Vermeidung überlanger Schulwege für die jüngsten Schülerinnen und Schüler, es bewahrt und eröffnet zugleich die Chance, die Schulen verstärkt und mit integrativen Ansätzen in die Stadtteilentwicklung einzubinden.

II. Hapelsche Schulplanung am Beispiel der Lindenhof Grundschule

Die Alternativen - oder wie Stadtrat Hapel sich eine Verschiebung der Kinder vorstellt

1. Szenario: Umverteilung auf Kinder in umliegende Grundschulen (Tempelhof-Lösung)

Der Schulentwicklungsplan weist für die Region Tempelhof eine derzeitige Kapazität von 19,6 Zügen auf, für 2013 wird ein Bedarf von 18,9 Zügen prognostiziert. Das ergibt eine Differenz von 0,7. Die Maria-Montessori-Grundschule und die Paul-Klee-Grundschule sind die beiden Grundschulen, die für die Lindenhof-Kinder fußläufig mit einem Schulweg von 1,2 Kilometern erreichbar wären. Ausgerechnet diese beiden Grundschulen weisen in der Prognose für 2013 einen höheren Bedarf aus. Dieser liegt bei der Maria-Montessori-Grundschule bei 3,9 (heute 3,0) und bei der Paul-Klee-Grundschule bei 4,7 (heute 4,5) Zügen. Eine Umverteilung der Lindenhof-Kinder – sprich der 1,8 Züge – ist aus heutiger Sicht folglich nicht möglich.

Die Prognose eines höheren Grundschulplatzbedarfes im Nordwesten Tempelhofs wird über die bereits bekannten Zahlen hinaus noch durch zwei weitere Aspekte gestützt, die bislang in der Schulentwicklungsplanung keinen Niederschlag fanden: Die Entwicklungsperspektiven des Lindenhofs und des Tempelhofer Feldes machen einen größeren Bedarf an Schulplätzen in der Region wahrscheinlich - der Schulentwicklungsplan wird diesen Entwicklungen nicht gerecht.

Die Wohnungsbaugenossenschaft GeWoSüd, die Eigentümer der Wohnungen im Lindenhof ist, investiert gegenwärtig auf verschiedenen Ebenen gezielt in eine Verjüngung der Genossenschafts- und damit Bewohnerstruktur des Kiezes. Ziel ist

es, Familien mit Kindern für den Lindenhof zu gewinnen. Zur Erreichung dieses Zieles werden unter anderem Wohnungen neu errichtet und umgebaut sowie ein Gesamtkonzept für die Gewinnung neuer Bewohner entwickelt. Unterstellt man diesen Bemühungen ein Mindestmaß an Erfolg, muss in den nächsten Jahren, abweichend von der aktuellen Prognose, von höheren Schülerzahlen im Lindenhof ausgegangen werden.

Die Nachnutzung des Flughafens Tempelhof dürfte ebenfalls Auswirkungen auf das Schulnetz in Tempelhof haben. So würde u. a. die familiengerechte Bebauung auf der östlichen Seite des heutigen Flughafens dafür sorgen, dass die beiden nördlichsten Tempelhofer Schulen ihre prognostizierte Überkapazität an Zügen abbauen würden.

Die regionalen Entwicklungsperspektiven im Lindenhof und rund um das Tempelhofer Feld lassen es also ratsam erscheinen, mit Schulschließungen in dieser Region sehr zurückhaltend zu sein, da der Wiederaufbau einmal abgebauter Schulkapazitäten mit weit oberhalb der Erhaltungsinvestitionen liegenden Kosten verbunden wäre. Das Beispiel Prenzlauer Berg zeigt, was verfehlte Prognosen anrichten können.

Fazit: Der von Stadtrat Hapel vorgelegte Schulentwicklungsplan zeigt keine Lösung für das Grundschulproblem im Tempelhofer Bereich auf. Auf neudeutsch formuliert: Der Plan auf Grundlage der bekannten Entwicklung geht nicht, unter Einbeziehung möglicher Bevölkerungsentwicklungen geht er gar nicht.

Zu ähnlichen Ergebnissen kommt man auch für andere Regionen des Bezirks, etwa in Lichtenrade, wenn man sich mit dem Zahlenwerk zu einzelnen Hapelschen Szenarien auseinandersetzt. Geschuldet sind diese Szenarien im Wesentlichen dem Bestreben, auf ein Höchstmaß an Standort-Konzentration zu setzen und in der Regel zweizügige Grundschule nicht zuzulassen. Dieser rein fiskalische Ansatz ist lebensfremd und bildungsfeindlich. Seine Wirkungen auf den Schulweg der Kinder und auf die Möglichkeiten von Schule für die Kieze positiv zu wirken werden mit abnehmender Siedlungsdichte in den Einzugsbereichen negativer.

2. Szenario: Die Kinder kommen auf die Peter-Paul-Rubens-Grundschule (Friedenau-Lösung)

Für die Region Friedenau prognostiziert der Schulentwicklungsplan zwischen Kapazität und Bedarf 2013 eine Differenz von 2,2 Zügen – allein die Peter-Paul-Rubens-Grundschule am Grazer Platz weist eine Differenz von 1,8 Zügen auf. Im Hinblick auf eine mögliche Schließung der Lindenhof-Grundschule heißt es: „Die zusätzlichen Schulplätze für 1,8 Züge können bei der weiteren Betrachtung der Region Tempelhof (Lindenhof-Grundschule) berücksichtigt werden.“ (Seite 20). Nicht berücksichtigt wurde in dieser Überlegung der Schulweg. Für Kinder aus dem Lindenhof würde der Schulweg in die Peter-Paul-Rubens-Grundschule ca. 3,5 Kilometer betragen. Größter Gefahrenpunkt dabei wäre die Überquerung des Grazer Damm, der zwangsläufig auf dem Schulweg liegen würde. Die Sicherheit der Kinder wäre für die selbständige Bewältigung des Schulweges in unteren Klassen nicht gegeben. Dieses Vorgehen widerspräche den Ausführungsvorschriften zur Schulentwicklungsplanung, die unter Punkt 11 (1) a) die Aufrechterhaltung des Prinzips der wohnortnahen Beschulung unter Berücksichtigung sicherer Schulwege fordert.

Für die Lindenhof-Kinder müsste in der Konsequenz außerdem über eine Bezuschussung des Schulweges nachgedacht werden. Zwar sind solche Bestimmungen Ländersache, doch die Kultusminister haben sich auf eine gemeinsame Definition festgelegt. So sind Zuschüsse zu gewähren, wenn der Schulweg in der einfachen Entfernung für den Schüler der Primarstufe mehr als zwei Kilometer beträgt.

Hier, wie im Falle der „Tempelhof-Lösung“, ist jedoch nicht nur die abgebende Schule zu betrachten, sondern auch die aufnehmende. Im vorliegenden Falle ist der Aufruf zum Verzicht auf die „Friedenau-Lösung“ weniger ein Plädoyer für die Lindenhof-Grundschule als für die Peter-Paul-Rubens-Grundschule. Ihr Einzugsbereich, im Kern die Grazer Damm Siedlung, ist neben Schöneberg-Nord der soziale Brennpunkt des Bezirks und dies mit spürbar zunehmender Tendenz. Hier muss dringend mit einer weiteren Verstärkung der bisherigen Stadtteilarbeit gegengesteuert werden. Solange das positive Image Friedenaus die Problemlagen

der Grazer Damm Siedlung in mildes Licht taucht, ist der Kiez noch zu stabilisieren. Eine Schule, die neben genug Raum auch die entsprechenden weiteren Inhalte und Profilierungen bietet, ist einer der wichtigsten Anknüpfungspunkte.

Rein empirisch dürfen auch Zweifel an der Belastbarkeit der Schülerzahlen erlaubt sein, die zur Prognose eines Schülerverlustes von 1,8 Zügen in der Peter-Paul-Rubens-Grundschule führt. Die Grazer Damm Siedlung ist unmittelbar nach dem Verkauf der GSW an Cerberus an drei Wohnungsprivatisierungs-Gesellschaften weiterverkauft worden. Alle drei erlauben sich seit 2004 einen hohen Leerstandssockel, um zum einen Wohnungen von Mietern ungestört verkaufsfähig sanieren zu können und zum anderen immer ein ausreichendes Angebot für potenzielle Erwerber vorzuhalten. Die Prognose für die Peter-Paul-Rubens-Grundschule fußt mithin auf einer Sondersituation und ist nicht sauber über fünf weitere Jahre hochzurechnen.

Fazit: Auch die „Friedenau-Lösung“ beruht auf rein fiskalischen Betrachtungen. Die Wirkungen für die Bildung und den Stadtteil werden konsequent ausgeblendet. Zur konzeptionellen Betriebsblindheit gesellt sich die empirische, da kritiklos Statistiken ohne Würdigung der Situation vor Ort (gewollter zeitweiliger Leerstand) hochgerechnet werden.

III. Die Lindenhof Grundschule besitzt für die sozialräumliche Entwicklung des zunehmend belasteten Kiezes eine herausragende Bedeutung

Der Lindenhof – eine Oase der Glücksseeligen?

Beschaulich sieht das grüne, ruhige Fleckchen Lindenhof mit seinem Weiher aus – doch ein Blick in die Sozialdaten aus dem Sozialstrukturatlas und dem Monitoring Soziale Stadtentwicklung verdeutlicht die Notwendigkeit zum Erhalt der Lindenhof-Grundschule als sozialen Stabilisator.

Der Lindenhof gehört zur Verkehrszelle 0581 Tempelhofer Weg. Laut Sozialstrukturatlas (SenSoz, 2003) und der Fortschreibung im Monitoring Soziale

Stadtentwicklung (SenStadt 2005 und 2007) ist diese Verkehrszelle auf einer Skala von 1 (niedrig belastetes Gebiet) bis 7 (hoch belastetes Gebiet) zum **Bereich 6** zuzuordnen. Laut Senatsverwaltung für Stadtentwicklung (2007) gehört diese Verkehrszelle zu einem Gebietstypus, der **mit 3- (niedriger Status, negative Dynamik)** beschrieben wird. Im Sozialstrukturatlas hat diese Verkehrszelle den **Rang 253 von 297** bewerteten Verkehrszellen. Im Monitoring Soziale Stadtentwicklung wird sie auf **Rang 285 von 319** eingestuft.

Das Monitoring Soziale Stadtentwicklung hat in verschiedenen Kategorien (u. a. Arbeitslosigkeit, Wanderbewegungen) ausgewählte statistische Daten aus dem gebiet mit den Berliner Durchschnittswerten verglichen – bei allen verglichenen Werten liegt das Lindenhofer Gebiet schlechter.

Betrachtung der Kategorie **Kinder und Armut**:

(in Klammern steht der Berliner Durchschnitt):

- **21,1 Prozent (13,6 Prozent) der Bewohnerinnen und Bewohner erhalten Sozialunterstützung außerhalb von Arbeitslosigkeit.** Gezählt wurden hier nicht-arbeitslose Empfängerinnen und Empfänger von Existenzsicherungsleistungen in Prozent der Einwohnerinnen und Einwohner am 31.12.2006.
- **Die Kinderarmut liegt bei 57,4 Prozent (38,5 Prozent).** Diese Zahl bezieht sich auf nicht-erwerbsfähige Empfängerinnen und Empfänger von Existenzsicherungsleistungen in Prozent der Einwohnerinnen und Einwohner unter 15 Jahren.
- **In der Untersuchung der Ab- und Zunahme von Kinderarmut liegt der Prozentsatz bei einem Plus von 9,6 Prozent (2,8 Prozent).** Untersucht wurde die Veränderung des Anteils der nicht-erwerbsfähigen Empfängerinnen und Empfängern unter 15 Jahren in Prozentpunkten 2006 gegenüber dem Vorjahr.
- **Der Anteil ausländischer Kinder und Jugendlicher liegt bei 15,2 Prozent (12,4 Prozent).** Bezugsgröße sind Ausländerinnen und Ausländer unter 18 Jahren in Prozent der Einwohnerinnen und Einwohner unter 18 Jahren am 31.12.2006.

Und noch ein Vergleich aus der Kategorie Arbeitslosigkeit: **Die Arbeitslosigkeit in der Verkehrszelle liegt bei 16,4 Prozent (13,1 Prozent).**

Worin liegt der Beitrag der Schule diesem Trend entgegenzuwirken?

Eine Schule kann alle diese negativen Entwicklungen sicherlich nicht alleine aufhalten. Dennoch leistet eine Schule einen wichtigen Beitrag für die soziale Stabilisierung eines Kiezes. So ist eine wohnortnahe und qualitative anerkannte Schule ein wichtiges Kriterium bei der Wohnungssuche junger Familien. Darüber hinaus fungieren Schulen als klassische Integrationsagenturen, zumal wenn sie so gut mit den umgebenden Strukturen vernetzt sind, wie die Lindenhof-Grundschule.

Die besondere Qualität der Lindenhof Grundschule

Wenn eine Entscheidung über eine Schulschließung getroffen werden muss, ist neben den Schülerzahlen, der Gesetzeslage, dem Investitionsbedarf zum dauerhaften Erhalt des Standortes auch das pädagogische Konzept zu berücksichtigen. Insbesondere die Schulen, die über eine besondere pädagogische Konzeption, ein besonders engagiertes Umfeld und eine große Kooperationsdichte mit externen Partnern verfügen sollten vorrangig in ihrem Bestand gesichert werden.

Dank des Engagement des Lehrkörpers und der Rektorin sind die Schülerzahlen im Anstieg begriffen (von 261 auf 290 im neuen Schuljahr, 9 Wechselwünsche zur Lindenhof Grundschule - das macht 18% der Anmeldungen aus). Zurückzuführen ist dies auf die neue inhaltliche Ausrichtung der Schule (Kooperation mit der TU, mit der Hanns Eisler Musikhochschule, mit dem futurum mobil), welches mit der Überschrift „Lernen im Grünen“ beschrieben werden kann. Dazu kommt im neuen Schuljahr die Kooperation mit der Rückert-Oberschule.

Fazit: Eine Schließung der Lindenhof Grundschule würde das über Jahr gewachsene Strukturen und ein erhebliches Engagement zerstören. Dies sollte nach Möglichkeit vermieden werden.

Schulplätze an der Lindenhof-Grundschule/Schülerzahlen flexible Eingangsstufe

Die Lindenhof-Grundschule wird nach dem Schulentwicklungsplan der Region Tempelhof zugeordnet. Im jetzigen Schuljahr besuchen 261 Kinder die Grundschule – im Schuljahr 2008/2009 werden es voraussichtlich 290 Schülerinnen und Schüler sein. 33 Prozent der Kinder sind nicht deutscher Herkunft. Bei dieser Zahl ist zu beachten, dass viele Eltern mit Migrationshintergrund als Staatsangehörigkeit deutsch angeben und ihre Kinder somit nicht als ndH gewertet werden. Ab dem kommenden Schuljahr wird der Anteil bei voraussichtlich 37 Prozent liegen.

Auffällig ist die Zahl der Kinder, die nur von einem Elternteil aufgezogen werden. Diese liegt bei 45 Prozent, in einzelnen Klassen bei über 60 Prozent.

Insgesamt gab es für das Schuljahr 2008/2009 bei neun von 50 Kindern Wechselwünsche zur Lindenhof-Grundschule. Dabei kommen drei Kinder von der Paul-Simmel-Grundschule, fünf von der Paul-Klee-Grundschule und ein Kind von der Maria-Montessori-Grundschule. In den jetzigen Schulanfangsklassen (Klasse 1 und 2 gemischt) sind von 98 Schülerinnen und Schüler 30 aus anderen Schule. Diese Zahl setzt sich zusammen aus sieben Kindern von der Paul-Klee-Grundschule, vier von der Peter-Paul-Rubens-Grundschule, drei von der Maria-Montessori-Grundschule und zwei von der Tempelherren-Grundschule.

IV. Zahlenspiele – Investitionsbedarf

Selbstverständlich kostet der Unterhalt mehrerer Schulgebäude mehr Geld als dies bei der Konzentration der Standorte der Fall wäre. Diese allein kameralistisch-fiskalische Betrachtung greift allerdings deutlich zu kurz. Die Folgekosten schlechter Bildung, von Stadtteilen mit Attraktivitätsverlust, der Schulwegsicherung etc. schlagen sich vielleicht nicht unmittelbar im Haushaltsplan nieder, sind aber als gesellschaftliche Kosten nicht wegzudiskutieren.

Ein Teil der Überlegungen zur Frage von Schulstandorten und deren Zahl hängt unbestreitbar auch mit dem Sanierungsbedarf der Schulgebäude zusammen. Hier

werden zum Teil große Summen aufgefahen. Es ist nicht ganz klar, ob die Schließungsvorschläge aus den hohen Summen resultieren oder die hohen Summen aus den Schließungsplänen. Fest steht jedoch, dass die Investitionssummen auf Standards beruhen, die man als neuzeitliche Komplettisanierung bezeichnen muss. Eine funktionierende Schule ist im Einzelfall gewiss billiger zu haben.

Instandsetzungs- und Investitionsbedarf der Lindenhof-Grundschule

Seit Jahren wurde der Instandsetzungsbedarf in der Lindenhof-Grundschule zwar erkannt, es folgte aber keine der notwendigen Maßnahmen. Die Schaffung der baulichen Voraussetzungen zum Betrieb als Ganztagschule konnten nur durch die berlinweit einmalige Kooperation von Schulverwaltung und Wohnungs-Genossenschaft GeWoSüd geschaffen werden. Die GeWoSüd finanzierte die notwendigen Baumaßnahmen in den Jahren 2005 und 2006 mit insgesamt 60.000 Euro.

Einzelne Instandsetzungen wurden bzw. werden durch den Bezirk noch in diesem Jahr durchgeführt:

- Die Einfachverglasung in der Mädchenumkleidekabine wurde durch Doppelverglasung ersetzt.
- Lose Deckenplatten in Klassenzimmern wurden erneuert.
- Die Reinigung von Dächern und Dachrinnen wurde bereits teilweise durchgeführt.
- Die Beseitigung von Schäden an Lampen und elektrischen Leitungen wurde begonnen.

Die im Frühjahr vorgenommene Überarbeitung der Schultoiletten war nur der „berühmte Tropfen auf den heißen Stein“. Weiterhin treten „Geruchsbelästigungen“ bei den Sanitäranlagen auf.

- Die Sanierung und Anpassung der Toiletten im Hortbereich wird in 2008 umgesetzt. Die Kosten hierfür belaufen sich auf ca. 65.000 Euro.

Im Ausschuss für Facility Management legte das Bezirksamt im Februar den Instandsetzungs- und Investitionsbedarf für die Lindenhof-Grundschule dar, darin

waren der Sanierungsbedarf der Sanitärräume, der Turnhalle und allgemeinem Renovierungsbedarf enthalten. Die geschätzten Kosten für die notwendigen Sanierungs- und Umbaumaßnahmen an der Lindenhof-Grundschule belaufen sich derzeit auf ca. 2 Mio. Euro:

- Für die Sanierung der Toiletten im Hauptgebäude wird in 2008 eine Planung erstellt und, nach Maßgabe vorhandener Finanzmittel, in 2009 die Arbeiten durchgeführt. Für die Komplett-Sanierung der Sanitäranlagen im Haupt- und Nebengebäude sind 200.000 Euro erforderlich.
- Die Sanierung der Toiletten im Turnhallengebäude ist erst zweckmäßig, wenn das gesamte Gebäude saniert wird. Bei einem geschätzten Finanzbedarf von ca. 1,1 Mio. Euro kann darüber erst Anfang 2009 entschieden werden.

Die Differenz von ca. 700.000 Euro begründete das Bezirksamt mit einer „Standardanpassung an moderne Anforderungen“ - wie beispielsweise eine zeitgemäße IT-Ausstattung.

In letzter Zeit hat es sich allerdings das Bezirksamt (Schule, Hapel, CDU; Bau, Krömer, CDU) zur Aufgabe gemacht, insbesondere die Lindenhof-Grundschule ganz besonders vertiefend zu untersuchen. Jetzt wird beispielsweise festgestellt, dass die Keller feucht sind. Das sind sie zwar schon seit Kaisers Zeiten, aber zur Konstruierung eines unumgänglichen Sachzwangs erinnert man sich gerne mal daran.

Fazit: Ein Instandsetzungsbedarf ist unbestreitbar. Der Status Quo einer funktionierenden Schule ist jedoch mit 200.000 Euro zu den bereits in diesem Jahr geplanten bzw. durchgeführten Maßnahmen herzustellen. Echte Investitionen, um eine Schule an vergleichbare heutige Neubaubedingungen anzupassen, sollten inhaltlich einer kritischen Würdigung unterzogen werden und sind finanziell ohne Qualitätsverluste für die Bildung zu strecken. Die derzeitigen Zahlenspiele dienen nur der Pseudo-Objektivierung einer im Grund subjektiven politischen Entscheidung.

V: Was passiert eigentlich nach der Schließung?

Fiskalisch ist das Ergebnis klar: Schule zu, Haushalt gerettet. Aber was geschieht darüber hinaus?

Für den Standort Lindenhof-Grundschule gibt es bereits Interesse, dort eine Schule außerhalb der öffentlichen Trägerschaft zu errichten. So hat das bezirkswweit für seine gute Arbeit geschätzte Nachbarschaftsheim Schöneberg bei den politischen Verantwortungsträgern bereits massiv vorgefühlt, ob es nicht möglich wäre dort das Konzept „Bürgerschule“ des Deutschen Paritätischen Wohlfahrtsverbandes umzusetzen. Dies stößt an die unten beschriebenen Grenzen, ist aber ein deutliches Indiz dafür, dass der Standort für Freie respektive Privatschulen attraktiv ist.

Das Konzept „Bürgerschule“

Im Zusammenhang der Diskussion um die Zukunft der Lindenhof Grundschule wurde von Seiten des Nachbarschaftsheim Schönebergs dem Bezirk das Angebot unterbreitet die Schule zu übernehmen und als „Bürgerschule“ zu betreiben. Ungeachtet der rechtlichen Schwierigkeiten dieses Modells bedarf es einer politischen Bewertung der so genannten „Bürgerschule“, um eine Entscheidung zu treffen, ob ein solches Modell von der SPD unterstützt werden kann.

Das Konzept „Bürgerschule“ des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes Berlin (Der Paritätische) sieht eine Übertragung von Schule in „Freie Trägerschaft“ vor. Argumentativ baut der Paritätische auf der wachsenden Zahl der Privatschulen in Berlin auf. Diese könnten nur von Kindern von Eltern mit hohem Einkommen besucht werden – die Wahlfreiheit der Eltern werde so eingeschränkt. Die Finanzierung werde über Platzgelder oder Bildungsgutscheine sowie Zuschläge für Kinder mit besonderem Förderbedarf geregelt. In seinem Konzept sieht der Paritätische nicht den Rückzug des Staates, „sondern eine Neubestimmung seiner Aufgaben“: „Seine Rolle liegt künftig vor allem in der Zielvorgabe (Bildungsstandards) und in der Evaluierung der Zielerreichung, in der Sicherung der Qualität und der sozialen Offenheit.“ Die Verantwortungsbereiche Sachmittelbewirtschaftung und Budgetplanung, Personalverantwortung, Unterrichtsgestaltung und Besoldung sollen teilweise oder vollständig auf die Schulen übertragen werden. **„Der Staat sollte die**

Schulen finanzieren, die Leitung der Schulen aber nicht-staatlichen Akteuren überlassen.“ Erst diese Kombination garantiere ein entsprechendes Leistungsniveau und Chancengleichheit, so der Paritätische.

Die SPD hat ein grundsätzlich anderes Verständnis vom Verhältnis zwischen Staat und Bildung. Nach dem Hamburger Programm ist Bildung „keine Ware, sondern ein Menschenrecht, dem zu dienen der Staat verpflichtet ist“. In der Beschlussfassung des SPD-Leitantrags „Gleiche Bildungschancen für alle“ vom 9. April 2005 heißt es: „Bildung ist als öffentliches Gut vom Staat zu gestalten, zu verantworten und zu finanzieren ... Bildung ist keine Ware, die man sich angesichts der ungleichen Verteilung des Vermögens leisten kann oder auch nicht. Neoliberale betreiben die Vermarktung der Bildung. Für sie löst der Markt alle Probleme an Stelle des sozial intervenierenden Staates. Angebot und Nachfrage sollten den Umfang der Bildung bestimmen. Der Staat hätte nur noch eine soziale Ausgleichsfunktion, die auch wieder von der Tagespolitik und der Kassenlage abhängig wäre.“

Zuzüglich zur politischen Betrachtung ist auch auf die rechtlichen Schwierigkeiten zur Umsetzung des Konzeptes hinzuweisen, die sich in dem Rechtsgutachten widerspiegeln, das der Paritätische Wohlfahrtsverband in Auftrag gegeben hat. In ihm wurden vier verschiedene Konzepte untersucht, die nur umsetzbar sind, „wenn das Ziel verwirklicht werden kann, entscheidenden Einfluss auf die inhaltliche Leitung der Schule zu erlangen, wobei im Gegenzug die grundsätzliche Bereitschaft besteht, nennenswerte, zur Sanierung erforderliche Investitionen in der baulichen Substanz der Schule im Sinne einer Vorfinanzierung zu tätigen“ (Gutachten Seite 7). Für die Umsetzung der Konzepte kommt nach Aussagen der Gutachter ein allgemeines Gesetzgebungsverfahren nicht in Betracht.

Zusammenfassend unterstreichen die Gutachter, dass es sich bei allen vorgestellten Konzepten um „Lösungsansätze im Sinne juristischer denkbare Wege“ handelt, die „eine Fülle von noch zu beantwortenden Detailfragen mit sich bringen“ - Voraussetzung wäre allerdings, dass der Schulbetrieb als funktionierender Schulbetrieb die sofortige Anerkennung einer privaten Schule bekäme – gesetzeskonform möglich – und damit auch die damit verbundene öffentliche Zuwendung.

Fazit: Selbst wenn der Erhalt der Lindenhof Grundschule Priorität hat, kann das Konzept der Bürgerschule nicht unterstützt werden. Aus diesem Grund sollten alle Möglichkeiten die Schule als staatliche Schule zu erhalten genutzt werden, da das vorgestellte Konzept keine akzeptable Alternative darstellt.

Eine Privatschule ist ein Frontalangriff auf die Peter-Paul-Rubens-Schule in Friedenau

Auch wenn das Konzept Bürgerschule rechtlich und politisch tot sein dürfte, so ist es eine herkömmliche Privatschule noch lange nicht. Seit mehr als zehn Jahren gibt es in Schöneberg keine Schulschließung (Kyffhäuser-Straße, Schwielowsee-Schule), der nicht gleich eine Interessenbekundung aus dem Kreis Montessori- oder Waldorf-Pädagogik interessierter Eltern gefolgt wäre.

Eine vollsanierte Privatschule im Lindenhof dürfte von den Lindenhofern begrüßt werden, die es sich leisten können, ihre Kinder dort beschulen zu lassen.

Sie dürfte mit Sicherheit auch von den Friedenauern begrüßt werden, die Zweifel an der Kompetenz der Peter-Paul-Rubens-Schule hegen. Dass es solche gibt, lässt sich leicht an den Abwanderungen der unter 6jährigen im Sozialatlas nachvollziehen. Der Einzugsbereich der Rubensschule ist sozial gespalten. Er wird dominiert durch die Sozialstruktur des Grazer Damms und ergänzt durch die gutbürgerliche Mittelschicht von der Westseite der Rubensstraße (Cranach-Kiez).

Eine Privatschule ist ein attraktives Angebot für diese Mittelschicht. Sie können Ihre Kinder ohne Umzüge oder Trickereien an einer Schule in zeitlicher Nähe anmelden, der sie vertrauen. Dort begegnen sie den Mittelschicht-Kindern des Lindenhofs. Den übrigen vom Grazer Damm und aus dem Lindenhof bleibt die Peter-Paul-Rubens-Schule, die daraufhin eher noch problematischer werden dürfte. Denn wie gesagt, die Rubensschule soll ja laut Schulentwicklungsplan nur aufgefüllt aber nicht zum positiven Faktor im Kiez entwickelt werden.

VI: Thesen zum Schulentwicklungsplan

Die SPD-Tempelhof-Schöneberg bekennt sich zur staatlichen Schule.

Wir stehen für eine stadtteil- und bildungsorientierte kindgerechte Schulentwicklungsplanung, für die der fiskalische Aspekt nur ein Beurteilungsfaktor unter mehreren ist. Wir wenden uns gegen eine Standort-Konzentration um jeden Preis und halten Schulstandort-Erhalt bis hinab zur Zweizügigkeit für die sozial- und bildungspolitische Vorzugsvariante.

Wir wenden uns gegen jede räumliche und inhaltliche Planung, die der Segregation in ohnehin schon schwierigen Kiezen weiter Vorschub leistet. Dies gilt nicht nur, aber auch für die Lindenhof-Grundschule. Wir fordern im Gegenteil die Weiterentwicklung von Schule zu einem stabilisierenden Agenten bei der sozialräumlichen Entwicklung unserer Stadtteile.

Die Planung zur Lindenhof-Schule ist

- schlampig erarbeitet,
- gekennzeichnet durch einen statistischen Tunnelblick ohne Sozialraumbezug und Weitblick,
- rein fiskalisch motiviert,
- Ausdruck einer Konzentrationsideologie,
- durchzogen von Scheinalternativen,
- unterlegt mit künstlich schlecht gerechneten Schülerzahlen und Baukosten,
- ein Beispiel, dass für andere Schulen ein ähnliches Vorgehen annehmen lässt.

Der Schulentwicklungsplan ist zurückzuweisen. Eine Überarbeitung unter Einbeziehung der Wirkungen auf das Bildungsangebot und die Bedeutung für die Sozialraumentwicklung ist zu beauftragen. Die Kenntnisse der [Abteilung Familie, Jugend, Sport und Quartiersmanagement](#) zur Sozialraum-Entwicklung sind als Beurteilungskriterium mit einzuarbeiten.

VII: Material:

Das Berliner Schulgesetz

Hartnäckig hält sich das Gerücht, dass eine Zweizügigkeit an Berliner Grundschulen nicht zulässig bzw. nicht erwünscht ist, wobei zweites nicht belegbar ist. Das Berliner Schulgesetz schließt eine Zweizügigkeit nicht aus:

§ 17 Absatz 5 Satz 1

Die Mindestanzahl der Klassen oder Lerngruppen eines Eingangsjahrgangs (Züge) soll an Grundschulen und an Schulen der Sekundarstufe I die Zweizügigkeit nicht unterschreiten.

Ausführungsvorschriften zur Schulentwicklungsplanung

Neben dem Berliner Schulgesetz ist ein Blick in die Ausführungsvorschriften zur Schulentwicklungsplanung (AV SEP) von 1996 nötig. Diese AV ist im Januar 2007 nach zehn Jahren ausgelaufen. Als ständige Verwaltungspraxis wird sie aber weiterhin von der Senatsverwaltung angewendet. Die neue AV SEP befindet sich derzeit in Bearbeitung. Unter Punkt 10 werden für die verschiedenen Schultypen Mindest- und Höchstzügigkeiten zugrunde gelegt. Diese liegt bei den Grundschulen bei zwei bis vier Zügen, „in besonders ungünstigen Einzugsbereichen auch darunter“.

VIII: Schlusswort:

Im Zusammenhang mit unserer Ausarbeitung möchten wir an die SPD-Fraktion die Bitte richten, den Schulentwicklungsplan bezüglich des statistischen Materials und der vorgeschlagenen „Maßnahmen“ kritisch zu hinterfragen. Die in vieler Hinsicht unzulängliche Arbeit des zuständigen Stadtrates, in der er unter einer rein fiskalisch begründeten Betrachtungsweise nach dem Sensesprinzip vorgeht und seiner Verantwortung für die Schullandschaft in unserem Bezirk in keiner Weise gerecht wird, muss entlarvt werden. Es ist an uns als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten ein visionäres, für den gesamten Bezirk zuträgliches Konzept „Stadtteilschulen“ zu entwickeln. Hierbei muss es möglich sein, zweizügige Schulen

ohne gegenseitiges Auspielen als wichtige soziale Stabilisatoren in ihrem Bestand zu erhalten. Die Integration aller Schülerinnen und Schüler sowie ein gleichberechtigtes und wohnortnahes Lernen sollten in diesem Zusammenhang oberste Prämissen sein.